

Heilbronn, Juli 2013

Infobrief Juli 2013

Liebe Freundinnen und Freunde von ATTAC, liebe Mitglieder,

mit diesem Rundbrief setzen wir das Thema Umverteilen fort, das wir im November und Januar begonnen hatten. Nachdem wir uns in diesen Infobriefen mit der Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital beschäftigt hatten und mit der finanzpolitischen Verteilung über Steuern, wenden wir uns nun der Umverteilung über Zinsen und die Finanzmärkte zu.

Die Angaben im Text stammen zum Großteil aus der Broschüre „Die Herren des Geldes – Reichtum und Macht des 1 %“ von Fred Schmid, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Wir wünschen eine aufschlussreiche Lektüre

ATTAC-Regionalgruppe Heilbronn

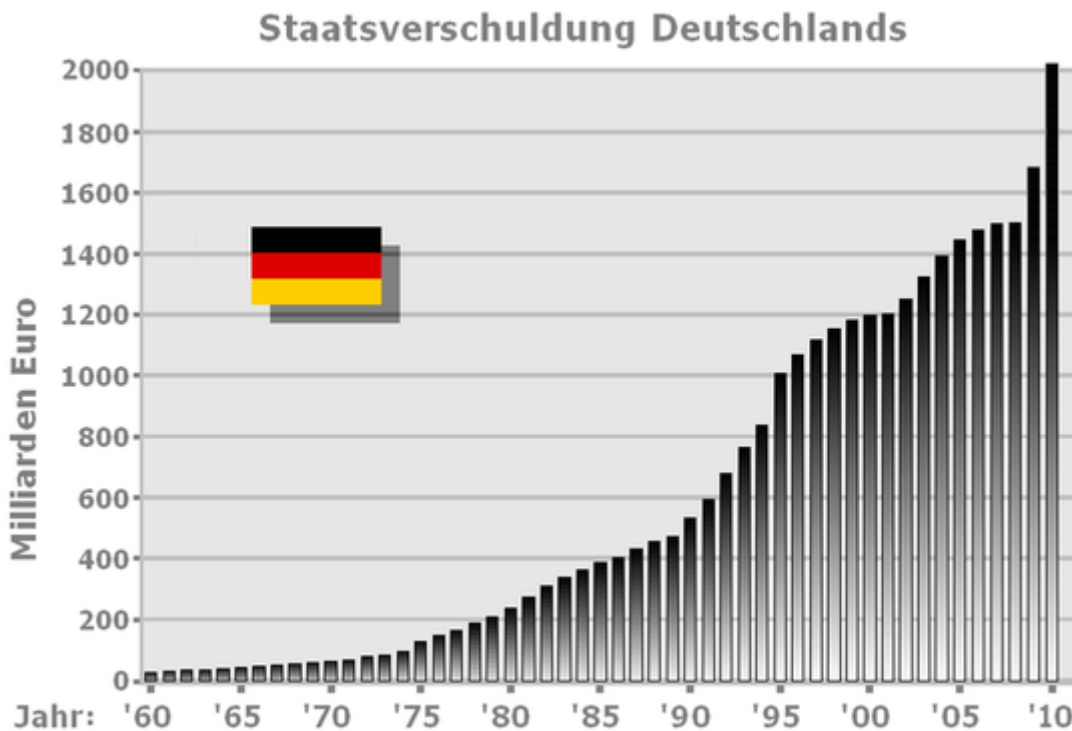


Inhalt

Umverteilung über Zinsen und Finanzmärkte.....	2
1. Öffentliche Armut – privater Reichtum.....	2
2. Schuldenfalle und die Folgen für die Bevölkerung.....	3
3. Verpfändung der Steuereinnahmen oder Enteignung durch Inflation	3
Termine	4

Umverteilung über Zinsen und Finanzmärkte

1. Öffentliche Armut – privater Reichtum



Entwicklung der Staatsverschuldung Deutschlands von 1960 bis 2010 (Quelle: Statist. Bundesamt)

Wir haben diese Grafik an den Anfang des Berichtes gestellt, da sie den rasanten Anstieg der Staatsverschuldung Deutschlands deutlich vor Augen führt. Wie kann es sein, dass die Staatsschulden so stark ansteigen obwohl das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1970 bis 2006 um ca. das 5-fache angestiegen ist. Da müsste man doch annehmen, dass auch die Steuereinnahmen nur so sprudeln. Dass dem nicht so ist, dafür sorgten die Steuer- und Subventionsgeschenke, die in den letzten Jahren verteilt wurden (siehe unser Infobrief vom Januar 2013).

Natürlich hat aber die Bankenrettung der letzten Jahre, die ja auch eine Art von Subvention darstellt, die Staatsschulden geradezu explodieren lassen. Die in der Folge aufgelegten Konjunkturpakete, ob sie sinnvoll waren oder nicht (Beispiel Abwrackprämie), sollten einerseits den drohenden Absturz der Wirtschaft in eine Rezession verhindern. Andererseits waren sie aber für einen weiteren Anstieg der Schulden verantwortlich. Der Staat und somit der Steuerzahler ist eingesprungen, weil Banken und andere Finanzkonzerne sich verzockt hatten. Die staatlichen Retter haben zwar die Finanzindustrie vor dem Kollaps bewahrt, sich selbst dabei aber hoffnungslos verschuldet. Die Rechnung für den Bankencrash sollen nun die Steuerbürger begleichen. Gerettet wurde das System der risikolosen Profitwirtschaft. Die privaten (Bank-)Schulden wurden gewissermaßen gegen staatliche Schulden ausgetauscht. Der Finanzsektor hat seine Probleme in die Staatshaushalte verlagert.

Es gibt kein größeres Euroland, das nicht längst die im Vertrag von Maastricht festgelegte Schuldengrenze (60 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP)) überschritten hätte, auch die 90 %-Grenze wurde inzwischen von fast allen Industrieländern überschritten. Dagegen verdienen die Banken und Fonds, die zu Lasten der Steuerzahler

gerettet wurden prächtig an der ganzen Rettungsaktion, da die Staatsverschuldung den privaten Sektoren der Volkswirtschaft breite und (zumindest bisher) sichere Anlagemöglichkeiten bietet. In einer Untersuchung zu „Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftlicher Vermögensbilanz“ kommt Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zu dem Ergebnis, dass zunehmende Staatsverschuldung und wachsende Geldvermögen sich gleichen. „Öffentliche Armut, privater Reichtum – diese Beschreibung passt auch auf die Entwicklungstrends von Staatsverschuldung und Staatsvermögen einerseits sowie Privatvermögen andererseits über die letzten Jahrzehnte in Deutschland. Während die privaten Vermögen beträchtlich gestiegen sind, wurde die staatliche Vermögenssubstanz zunehmend ausgezehrt.“

2. Schuldenfalle und die Folgen für die Bevölkerung

Das liegt daran, dass sich die Vermögenden nicht mit dem Schuldendienst begnügen. Gut 60 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr muss der deutsche Staat für seine gesamten Schulden an Finanzinstitute und private Geldbesitzer bezahlen. Dabei profitiert Deutschland sogar vom Schuldenfiasko anderer EU-Staaten. Die Flucht in „sichere“ deutsche Staatsanleihen drückt deren Rendite und damit die Zinslast Deutschlands. Andererseits wurden die Südländer durch das Wechselspiel von Banken, Großspekulanten und Rating-Agenturen erst richtig in die Schuldenfalle getrieben. Da sie die horrenden Schulden nicht mehr bedienen können, werden sie von der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission zu drastischen Spar- und Anpassungsmaßnahmen gezwungen: Rigorose Haushaltsdisziplin und –einsparungen, Beschneidung des Öffentlichen Dienstes und der Daseinsvorsorge, Kappung der Sozialleistungen und Renten, Lohnkürzungen und Erhöhung der Massensteuern. Zudem werden die Schuldnerländer zur Privatisierung öffentlichen Eigentums verpflichtet. „Alles muss raus!“ Von der griechischen Regierung wurde z.B. gefordert, Staatsvermögen im Wert von 50 Milliarden Euro zu privatisieren. Auf Deutschland hochgerechnet wären das fast 500 Milliarden Euro. Eine gigantische Enteignung des Volkes und Volksvermögens an die Reichen.

1,27 Billionen an Staatsanleihen mussten 2012 in Europa refinanziert werden; dazu eine weitere Billion an Unternehmens- und Bankanleihen. Mit der Herabstufung vieler Eurostaaten in Laufe des vergangenen Jahres durch die Rating-Agenturen haben sich die Bedingungen dieser Staaten für neue Kredite verschlechtert, da sie höhere Zinsen als bisher bezahlen müssen. Im Gegenzug stellen diese verteuerten Kredite für die Investoren ein lukratives Geschäft dar. Jedes Zinsprozent verteuert die Refinanzierung des oben genannten Kreditvolumens um 12,7 Milliarden Euro. Das macht es für die europäischen Regierungen immer schwieriger, sich aus der Zinsfalle zu befreien, sie bleiben die Geiseln der Finanzmärkte.

3. Verpfändung der Steuereinnahmen oder Enteignung durch Inflation

Blieben nur noch zwei Ressourcen, um die Forderungen des Geldadels zu befriedigen:

- Die Verpfändung künftiger Steuereinnahmen. Die Forderung nach Errichtung eines griechischen Sonderkontos, das vorrangig bedient werden und ausschließlich der Schuldentilgung dienen soll, geht in diese Richtung (vgl. FAZ, 7.12.12)
- Die Enteignung der Kleinvermögen der Masse der Bürger durch Inflation. Eine solche „kalte Enteignung“ findet bei den Sparguthaben der kleinen Leute bereits statt. Die meisten Bankeinlagen werden heute mit einem Satz verzinst, der unter der Inflationsrate liegt. Die Realzinsen sind also negativ. Es mehren sich die Stimmen, die einer systematischen Weginflation der Staatsschulden das Wort reden. Zu denen, die ihre Stimme erheben gehört u.a. auch der neoliberale Chef-Ökonom der Deutschen Bank, Thomas Mayer der in einem Interview mit der FAZ am 7.8.2011 meinte: „Ich sage schon länger, dass man letztlich die Schuldenlast durch einen mäßigen Anstieg der Inflation – sagen wir mal so auf fünf Prozent global abtragen wird“. Auch die französische Tageszeitung Liberation äußert sich in dieser Richtung: „Um den Schuldenabbau zu unterstützen, bräuchte es über mehrere Jahre hinweg eine Inflation von vier bis sechs Prozent“. Es solle ja nicht gleich „eine Hyperinflation herbeigeführt werden“, aber in Kombination von

„moderater Inflation“ und wirtschaftlichem Wachstum könnten die Schulden abgetragen werden. Die sozialen Folgen wären verheerend. Im Klartext bedeutet diese Aussage, dass die systematische und schleichende Enteignung der kleinen Sparer und Ansparer auf Kapital-Lebensversicherungen und kapitalgedeckte Zusatzrenten nicht nur hingenommen, sondern sogar angestrebt wird. Denn diese müssen sich derzeit mit 0,5 % (Sparbücher) bis maximal 3 Prozent zufrieden geben, was dann bei einer Inflationsrate von fünf Prozent eine jährliche Entwertung ihrer Sparguthaben zwischen 4,5 und 2 Prozent bedeuten würde. Noch stärker müssten die Rentner und Hartz-IV-Empfänger bluten, denn eine jährliche Erhöhung ihrer Bezüge im Umfang einer solchen Inflationsrate ist nicht im entferntesten zu erwarten. Auch die Beschäftigten hätten noch größere Reallohnverluste als bisher hinzunehmen, denn die Lohnerhöhungen bewegen sich in einer Größenordnung von ebenfalls zwei bis drei Prozent. Die Reichen und Superreichen aber hätten keine Substanzverluste bei ihren Vermögen zu befürchten, allenfalls einen langsameren Anstieg ihres Reichtums. Soweit sie Geld-Millionäre oder gar Multimillionäre sind, erzielt ihr Geldschatz durch das professionelle Vermögensmanagement Zuwächse von fünf Prozent. Zum großen Teil haben sie ihr Vermögen zudem in Aktien und Sachwerten, insbesondere Immobilien, angelegt, deren Wertsteigerung den Inflationsraten in der Regel vorauslaufen.

Es führt kein Weg daran vorbei: Eine soziale Bereinigung der Schuldenkrise ist nur durch einen entsprechenden Vermögensschnitt bei den Reichen und Superreichen zu haben.



Termine

Bei den nachstehenden Terminen möchten wir insbesondere auf das Heilbronner Manifest 2013 hinweisen, auf dem ihr die politische Vielfalt von Stadt und Region an einem Ort und auf einem Fest erleben könnt!

16.07. (Di)	20:00	Energiedemokratie: EnerGeno-Treffen
17.07. (Mi)	20:00	Plenum Regionalgruppe Heilbronn
20.07. (Sa)	16:04	Heilbronner Manifest 2013
25.07. (Do)	19:30	Solidarische Landwirtschaft – Regelmäßiges Treffen
30.7. – 31.8.		Ausstellung Bedingungsloses Grundeinkommen – Stadtbibliothek Heilbronn
02.08. (Fr.)	20:00	Film: Leben mit der Energiewende
14.08. (Mi)	19:30	AG Nachhaltigkeit – Termin fällt aus
20.08. (Di)	20:00	Energiedemokratie: EnerGeno-Treffen
21.08. (Mi)	???	Lockeres Attac-Treffen. Uhrzeit und Ort werden auf unserer Internetseite bekannt gegeben.

Mehr Detailinformationen zu den Terminen finden sich unter:

<http://www.attac-netzwerk.de/heilbronn/termine/>

ATTAC-Regionalgruppe Heilbronn